

Politik und ihre Auswirkungen auf Lebensentwürfe und Leitbilder von Frauen im europäischen Vergleich

Ein Bericht von Pia Kaiser und Birgit Hartigs

Gleich zu Anfang der Veranstaltung gab es zwei erfreuliche Verlautbarungen. Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses Frau Martina Michels hielt die Begrüßungsrede und erklärte, dass ihr Haus der ÜPFI auch in Zukunft zur Verfügung stehen wird. Danach erklärte Gudrun Laufer vom Berliner Frauenbund, dass Frauen, die keine Leistungen von der Agentur für Arbeit beziehen, auch in Zukunft Vermittlungsdienste der BA in Anspruch nehmen können.

Staatssekretärin Ahlers wies in ihrer Rede darauf hin, dass einerseits weniger Frauen als Männer in Berlin arbeitslos gemeldet sind und auch bessere Schulabgangsnoten aufweisen als Männer, andererseits haben Frauen unter dem Ehegattensplitting zu leiden, arbeiten vor allem Teilzeit und haben Schwierigkeiten, ihre eigene Existenz zu sichern.

Prof. Riedmüller beeindruckte mit ihrer vergleichenden Studie über Deutschland, Schweden, England und Spanien. Sie hob hervor, dass sich Familienarbeit in allen Ländern als Hemmnis für den Arbeitsmarkt erweist. Sie machte aber auch deutlich, dass im Gegensatz zu fortschrittlicheren Ländern, wo das Sozialversicherungssystem auf einer individuellen Versicherung basiert, das deutsche immer noch auf dem männlichen Ernährermodell ruht. Gerade weil die derzeitigen "familienfreundlichen Lösungen" vielen Frauen mehr Anreiz bieten, selbst nicht erwerbstätig zu sein, ergeben sich die deutschen sozialstaatlichen Verteilungsprobleme. Jedoch, je mehr die Absicherung über einen Ernährer nicht mehr gewährleistet ist, um so mehr kommt das alte Ernährermodell ins Rutschen. Damit wird einerseits die Abhängigkeit vom Staat erhöht, andererseits jedoch die sozialstaatliche Wirkung immer schwächer. Somit wird in Deutschland das alte Sozialsystem nur schwächer, ein neues wird aber nicht produziert.

Ergänzend dazu, erörterte Prof. Effinger in ihrem Beitrag die Zukunft der Erwerbsarbeit. Ihrer Meinung nach liegt diese vor allem bei den sozialen Dienstleistungen. Als beispielhaft beschrieb sie Finnland. Dort besteht eine völlige staatliche Versorgung mit Kinder und Altenbetreuungseinrichtungen, die VerbraucherInnen überdies sehr wenig kosten. Dieser Beschäftigungssektor ist der größte in ganz Finnland. Er ist fest in staatlicher Hand und bedeutet gut bezahlte Arbeitsplätze, vor allem für Frauen. In den 90er Jahren wies Finnland eine Arbeitslosenquote von 20% auf. Heutzutage führt es jedoch nicht nur die Pisa-Liste an, sondern auch Listen der internationalen ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit.

Effinger erteilte zudem den neuen 1,5 Euro Jobs eine klare Absage als Schritt in die falsche Richtung. Der soziale Sektor dürfe nicht als Auffangbecken von Sozialhilfeempfängern werden. Stattdessen sollen sozialen Dienste massiv kulturell aufgewertet werden.

Michaela Willert, Forschungsassistentin am Otto-Suhr-Institut, sprach zur Rentenentwicklung von Frauen und stellte dabei einen Vergleich zwischen Großbritannien, der Schweiz und Deutschland her. Beim Schweizer Modell bilden 35% des letzten Einkommens die staatliche Rente als Grundsicherung, 35% durch die Betriebsrente als Pflichtsystem. Alle sind in das System der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen, auch Studenten und Hausfrauen; bei Ehegatten erfolgt ein Splitting der Rentenanteile.

In Großbritannien setzt sich die Rente zusammen aus einer sehr kleinen staatliche Grundrente, die weit unter dem Existenzminimum liegt sowie einer einkommensbezogenen staatliche Rente und einer Betriebsrente.

Durch Hartz IV wird die Rentenabsicherung gefährdet, da es Vorsorge konterkariert, was zu extremer Altersarmut führen wird.

Mechthild Jansen, Sozialwissenschaftlerin und freie Publizistin warf sehr provokante und streitbare Thesen auf. U.a. konstatierte sie einen stillschweigenden Abschied von einem demokratischen frauen- und Geschlechterleitbild. Die Politik der neuen Mitte hat gravierende Auswirkungen auf gesellschaftliche Paradoxien und Widersprüche. Eine Gesellschaft sollte Anreize schaffen für das, was sie gern hätte. Der Kapitalfehler der jetzigen Politik der Bundesregierung sei, dass zuerst und ausschließlich Forderungen an die Bürger erhoben werden. In Skandinavien steht dagegen die Frage im Mittelpunkt, wie dem Einzelnen geholfen werden kann. Die Industriegesellschaft ist am Ende, aber wer zahlt der Preis? Die Mittelschichtklasse oder die klassische Arbeiterklasse?

In Skandinavien gibt es einen großen Umfang sowie eine hohe Qualität und Professionalität an sozialen Dienstleistungen; in Finnland z. B. verfügen Vorschullehrerinnen über einen Uni-Abschluss: Hier misst sich hohe Lebensqualität an hoher Qualität von sozialen Dienstleistungen und nicht daran, ob man das fünfte oder neueste Auto fährt. Durch eine richtige Politik kann der Wohlfahrtsstaat sehr wohl eine politische Integration erreichen, wenn er es den will. Vertrauen in staatliche Institutionen ist ein Gradmesser für soziale Integration - in Deutschland genießt der ADAC höheres Vertrauen als alle anderen Institutionen. In Skandinavien werden Steuern als etwas Positives betrachtet, in Deutschland dagegen, gibt es eine hohe Akzeptanz, den Staat "zu bescheißen"

Der Wohlfahrtsstaat Deutschland steckt in einer Finanzkrise, die wiederum schafft das Problem der Legitimation von sozialen Ausgaben; Hartz IV ist die Reaktion der Politik auf die gegenwärtigen Herausforderungen. Dabei sind die Sozialausgaben in Deutschland gar nicht übermäßig hoch und haben auch nach der Wiedervereinigung keine dramatische Entwicklung erlebt. Finnland und Dänemark, aber auch Polen haben höhere Sozialausgaben als die BRD. Grundlagen einer nachhaltigen Politik müssten sein:

- Ausbau des und Professionalisierung des Dienstleistungssektors auf hohem Niveau
- "kulturelle" Aufwertung sozialer Dienstleistungen und ein verändertes Verständnis von Wohlstand
- Anerkennung soziale Dienstleistungen als zentrale Grundlage von Wohlfahrt und sozialer Integration